

22.02.2019 WP

Digitalpakt: Eine Milliarde für NRW-Schulen

NRW-Schulministerin Gebauer will Vereinbarung rasch umsetzen. „IT-Hausmeister“ an Schulen gefordert

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Nach der Einigung auf eine Grundgesetzänderung zur Ausschüttung von Bundesmitteln zur Digitalisierung der Schulen drückt NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) aufs Tempo. Nordrhein-Westfalen werde darauf drängen, dass die fertig ausverhandelte Bund-Länder-Vereinbarung schnellstmöglich zur Umsetzung komme, erklärte Gebauer am Donnerstag. Auf die rund 5700 Schulen

in NRW entfallen jährlich 200 Millionen Euro, insgesamt ist es eine Milliarde Euro.

Landeselternschaft dringt auf Informatik als Pflichtfach

Zwar muss der Bundesrat formal noch Mitte März dem Digitalpakt zustimmen, doch bereits ab dem Sommer will die Landesregierung mit Schulen und Schulträgern Verteilschlüssel und Verwendungszweck für das Geld aus Berlin erarbeiten. Die Lehrgewerkschaften

forderten eine sinnvolle Strategie und effiziente Organisation für die Digitalisierung der Schulen sowie die Fortbildung der Lehrkräfte. Es sei nichts gewonnen, wenn nun die Schulen mit Technik vollgestopft würden. Die Landeselternschaft der Gymnasien forderte neben besserer Technik auch einen IT-Hausmeister in jeder Schulorganisation und das Pflichtfach Informatik in der Sekundarstufe 1.

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hatte sich mit den anderen

Länderchefs zunächst gegen die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots im Grundgesetz gesperrt, weil er eine zu starke Einmischung des Bundes in die Bildungshoheit der Länder befürchtete. In einem Kompromiss akzeptierten die Bundesländer am Ende zwar die Grundgesetzänderung, aber die Kontrollrechte des Bundes sind jetzt beschnitten und eine verpflichtende Beteiligung der Länder an der Hälfte der Bildungsausgaben gestrichen.